



HESSEN

LANDESJOURNAL

25 JAHRE NACH DEN STARTBAHNMORDEN

Eskalation der Gewalt

Es gibt Ereignisse, die vergisst man nie, weil sie einem unbegreiflich scheinen und weil sie in ihrer Tragweite das Leben vieler Menschen nachhaltig verändern. Und es gibt Ereignisse, von denen man sich wünscht, dass sie nie geschehen wären.

Am 2. November 2012 jähren sich zum 25. Mal die Morde an Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm an der Startbahn West in Frankfurt. In Erinnerung an diesen verhängnisvollen Tag wird dabei schnell vergessen, dass aus der gleichen Tatwaffe noch weitere sieben Kollegen getroffen und davon zwei Kollegen schwer verletzt wurden. Der Grund für das Unvergessliche hat aus meiner Sicht persönliche und berufliche Berührungspunkte. Diese Tat hat aber auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension.

Da ist zunächst ein stark beklemmendes Gefühl. In der heißen Startbahnphase der Jahre 1980 bis 1982 (Räumung des Hütendorfes am 2. November 1981) wurde ich als junger Bereitschaftspolizist nach zwei Dienstjahren, auch während des Hauptwachtmeisteranwärter-Lehrgangs (HAL) und danach regelmäßig (vorzugsweise an Wochenenden) an der Startbahn West eingesetzt. Ich will nicht verhehlen, dass ich mich seinerzeit oftmals fragte: „Was machst du da eigentlich? Ist das die Polizeiarbeit, die du erwartest hast?“ Mit meinen Empfindungen war ich nicht allein. Selbstzweifel beschlichen auch viele andere Kollegen. Ich vergesse nicht die Tage, an denen die Gewalt äußerst bedrohlich eskalierte, von der Gegenseite nicht nur Farbbeutel geworfen, sondern auch mit Präzisionszwillen Stahlkugeln zum Einsatz gebracht wurden und auch spätnachts in der Frankfurter Innenstadt das Katz-und-Maus-Spiel mit militanten Startbahngegnern äußerst bedrohliche Züge bekam und die aufwühlenden Alarmfahrten einen nicht in den Schlaf kommen ließen. Die Nachricht von der Ermordung der beiden Kollegen breitete sich im ganzen Land wie ein Lauffeuer aus und jedem war bewusst, dass man selbst Ziel der tödlichen Kugel hätte sein können. Im schier endlosen Trauerzug des darauffolgenden Tages zur Frankfurter Paulskirche war bei vielen Kollegen eine Mischung aus Wut, Ohnmacht und Fassungslosigkeit spürbar. Und dieser Zustand sollte noch Jahre anhalten. Nicht nur die laufenden Gerichtsverhandlungen beim OLG Frankfurt, sondern insbesondere die nach der Revision erfolgte Urteilsbestätigung des BGH im Februar 1993 war und ist im Nachgang nur schwer erträglich. Für eine Verurteilung zum Mord mangle es nach Auffassung des OLG Frankfurt und des BGH an der „Heimtücke“ bzw. an „niederen Beweggründen“ des Täters? (Anmerkung: Generalbundesanwalt Alexander von Stahl sah dies 1993 völlig anders und kritisierte die BGH-Entscheidung mit den Worten: „Wer sich aus politischen Gründen zum Herrn über Leben und Tod macht, handelt aus niedrigen Beweggründen.“)

Das Entsetzen über die Startbahnmorde dokumentierte sich auch in vielen Trauermärschen in anderen großen Städten, wo Kollegen in Uniform zu Tausenden auf die Straße gingen. Es war das erste Mal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland,

dass Polizeibeamte von einem Demonstranten ermordet wurden. Obwohl die Startbahn West seit 1984 längst im Betrieb war und der Protest lediglich in den bekannten Sonntagsspaziergängen der ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck kam, waren es immer wieder die Jahrestage zur Hüttenräumung, die eine verstärkte polizeiliche Präsenz erforderten. Niemand hätte geglaubt, dass die Entwicklung der Startbahnproteste in dieser Katastrophe münden könnte. Dieses Ereignis hat ganze Jahrgänge der Polizei geprägt und sozialisiert. Auch in

Fortsetzung auf Seite 2



3. 11. 87 – Spontan-Demonstration von 7000 hessischen Polizisten durch die Frankfurter Innenstadt zum Paulsplatz unter Beteiligung der hessischen Politprominenz.



10. 11. 87 – Oekumenische Trauerfeier im Frankfurter Kaiserdom.



Nach der Trauerfeier: 20000 Polizisten aus allen Bundesländern folgten dem Aufruf der GdP zum Trauermarsch durch Frankfurt.



25 JAHRE NACH DEN STARTBAHNMORDEN

Fortsetzung von Seite 1

den Folgejahren bis heute haben sich die Einsatzbedingungen aus meiner Wahrnehmung mit der Folge verändert, dass



Wir gedenken der Ermordung von Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer an der Startbahn 18 West vor 25 Jahren. Anlässlich des 20-jährigen Todestages der im Jahr 1987 an der Startbahn West ermordeten Kollegen wurde auf Personalratsinitiative gemeinsam mit der Behördenleitung, Polizeiseelsorgern und Zeitzeugen eine Gedenkfeier in der III. Bereitschaftspolizeiabteilung durchgeführt.

Demonstrationseinsätze oder zumindest das dort eingesetzte Personal deutlich zugenommen haben. Für den eigentlichen polizeilichen Streifendienst stehen immer weniger Personalressourcen zur Verfügung, weil Personal abgebaut wurde. Bestenfalls stagnierte das Personalvolumen, obwohl es einen deutlichen Aufgabenzuwachs gegeben hat. Es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass durch unpopuläre Demo-Einsätze, wie beispielsweise Startbahn West, Demo-Begleitung von Rechts- und Linksradiكالen, Castor-Transporte, Stuttgart 21 etc. das Berufsbild Polizei sich sukzessiv verändert (hat). Es entsteht zunehmend der Eindruck, die Polizistinnen und Polizisten würden allein auf Durchsetzungskräfte eines staatlichen Gewaltmonopols reduziert. Als Polizist allein auf einen politischen Verrichtungsgehilfen reduziert zu werden, wäre fatal. Die Folgen sind nicht nur mangelnder Respekt gegenüber den Polizeibeschäftigten und mangelndes Ansehen der Polizei insgesamt, sondern steigende Gewaltbereitschaft auch gegen Uniformträger, wie wir sie aktuell immer wieder erfahren müssen.

Als Korrektiv für diese besorgniserregende Entwicklung ist daher umso mehr eine Dienstleistung im besten Sinne eines „Freund und Helfers“, ohne Statistikdruck und betriebswirtschaftliche Vorgaben notwendig. In einem breiten Ermessensspielraum den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, zeitnah vor Ort zu sein und dem Begriff des „Schutzmanns“ vollumfänglich gerecht zu werden, ist unverzichtbar.

Der 25. Gedenktag ermahnt uns auch deswegen zum Nachdenken. Ist alles für die Polizei und ihre Beschäftigten getan worden? Das Bewusstsein um die Gefahren und Risiken im täglichen Dienst und bei geschlossenen Einsätzen sollte nicht nur bei unseren Kolleginnen und Kollegen allgegenwärtig sein.

Jörg Bruchmüller

ELTERNGELD

Änderungen ab 1. Januar 2013

Beim Elterngeld wird es für Kinder, die ab dem 1. Januar 2013 geboren werden, mit dem Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs einige Änderungen geben. Vorgesehen sind vor allem Vereinfachungen bei der Ermittlung des für das Elterngeld maßgeblichen Erwerbseinkommens. Diese Vereinfachungen erleichtern die mitunter sehr aufwändige Einkommensermittlung. Sie entlasten die Verwaltung und kommen auch den Eltern zugute, deren Elterngeldanträge künftig einfacher gestellt und schneller bearbeitet werden können.

Einkommensermittlung wird vereinfacht

Im Kern wird es im Rahmen der Einkommensermittlung eine pauschalierte Ermittlung der Abzüge für Steuern und Abgaben geben. Die Abzüge für Steuern werden künftig sowohl bei Beschäftigten als auch bei Selbständigen anhand eines amtlichen Programmablaufplans für die maschinelle Berechnung der Lohnsteuer, Kirchensteuer und des Solidaritätszuschlags vorgenommen. Die Abzüge für die Sozialabgaben erfolgen in pauschalierter Form.

Selbständige profitieren

Gewinneinkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb beziehungsweise Land- und Forstwirtschaft werden künftig aus-

schließlich über – in aller Regel – den Steuerbescheid des letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraums vor der Geburt des Kindes nachgewiesen. Einkommen während des Elterngeldbezuges wird weiterhin anhand von Einnahmen- und Überschussrechnungen ermittelt. Diese Ermittlung wird jedoch erleichtert, indem für die Betriebsausgaben eine Pauschale von 25 Prozent auf die Einnahmen angesetzt werden kann.

Bei Beschäftigten wird weiterhin aus jeder Lohn- und Gehaltsbescheinigung das steuerpflichtige Bruttoeinkommen als Berechnungsgrundlage entnommen.

In der weit überwiegenden Zahl der Fälle werden die neuen Regelungen zur Vereinfachung zu keinen nennenswerten Änderungen in der Elterngeldhöhe führen. Das Gesetz ist am 18. September 2012 in Kraft getreten. Die Vereinfachungsregelungen werden für Eltern von Kindern angewendet, die ab dem 1. Januar 2013 geboren werden.

Änderungen im Elterngeldrechner ab 1. Januar 2013

Im Elterngeldrechner können die neuen Vereinfachungsregelungen für Geburten ab dem 1. Januar 2013 erst ab diesem Zeitpunkt berücksichtigt werden.

Quelle: BMFG



TRAININGSZENTRUM DER HESSISCHEN POLIZEI ERWEITERT

Neues Lehrsaalgebäude seiner Bestimmung übergeben

Die Einweihung und damit Übergabe an die HPA des zweiten Lehrsaalgebäudes Fahrtrainingszentrums in Hünstetten wurde von Innenminister Boris Rhein, in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik, Kommunalvertretungen und Polizei, am 21. September 2012 feierlich durchgeführt.

Ein gut gelaunter Gert Fischer, Präsident der HPA, begrüßte die Anwesenden. Er zeigte sich hoch erfreut, dass der begonnene Weg, der Ausbau des Fahrtrainingszentrums in Hünstetten, zielgerichtet fortgesetzt wurde. Die nun verfügbaren Räumlichkeiten sind auf dem absolut neuesten Stand der Technik und bieten den an den Fahr- und Sicherheitstrainings teilnehmenden Beschäftigten, wie auch den Instruktorinnen, hervorragende Arbeitsbedingungen.

Minister Boris Rhein blickte in seiner Ansprache in die jüngere Vergangenheit zurück. Bis in das Jahr 2004 standen der damaligen Hessischen Polizeischule nur insgesamt 55 Termine für die Wahrnehmung von Fahr- und Sicherheitstrainings jährlich zur Verfügung.

Das damalige Trainingsgelände lag im Hunsrück und alleine die knapp 100 Kilometer andauernde Anfahrtstrecke von der HPS sorgte für einen erheblichen Zeitaufwand.

Das ehemalige US-Militärgelände, das im Jahr 2004 erschlossen werden konnte und sukzessiv dann für die Belange der hessischen Polizei in den Folgejahren umgebaut wurde, bietet erhebliche Vorteile. Dafür waren zunächst Verhandlungen notwendig, die ohne die fruchtbare Unterstützung der Gemeinde Hünstetten rückblickend so nicht umzusetzen gewesen wären. 25 Kilometer von der HPA gelegen, bietet das Trainingszentrum nunmehr die Gelegenheit, Trainings quasi „rund um die Uhr“ durchführen zu können, sofern in der Nachtzeit dafür Bedarf ist. Alle notwendigen, für die polizeiliche Fahrausbildung benötigten Szenarien können in der Praxis durchgeführt werden. Für die theoretische Ausbildung bieten die beiden Lehrsaalgebäude ebenfalls beste Voraussetzungen. Auch durfte der kirchliche Segen, den Pater Franz Koll während der feierlichen Eröffnungszereemonie spendete, nicht fehlen.

In der sich anschließenden Besichtigung der Lehrsaalgebäude hatte Innenminister Rhein auch die Gelegenheit, an einem „geliebten Verkehrssimulator“ die stressbedingten Faktoren kennenzulernen, die sich die Polizistinnen und Polizisten ausgesetzt sehen, wenn sie bei Alarmfahrten unterwegs sind. Persönlich habe ich an diesem Tag die Gelegenheit genutzt, mit einigen Fahrinstruktoren zu sprechen. Alle zeigten sich erfreut über die Maßnahmen, die für das Fahrtrainingszentrum ergriffen wurde.

Viele äußerten aber auch den Wunsch, einen (mobilen) Verkehrssimulator noch zu beschaffen, damit möglichst viele Polizeibeschäftigte geschult werden können.

Ein realitätsnahes Training besonderer Fahrsituationen bei Alarmfahrten ist im Straßenverkehr nicht möglich.

Ein mobiler Verkehrssimulator bietet zudem die Gelegenheit, diesen auch für dezentrale Schulungen, beispielsweise im nord- und osthessischen Bereich, einsetzen zu können.



Innenminister Boris Rhein (rechts) testet den neuen Fahrsimulator.

Mit einem Verkehrssimulator besteht die Möglichkeit, die zu beschulenden Kolleginnen und Kollegen mit realitätsnahen Fahrsituationen zu konfrontieren. Dies wiederum hat dann zur Folge, dass die individuelle Handlungssicherheit der Kolleginnen und Kollegen erhöht wird.

Wie die Experten festgestellt haben, ist die Unfallgefahr bei Alarmfahrten um ein Vielfaches höher als bei einer gewöhnlichen Streifenfahrt.

Mit Blick auf die Unfallkassen der Länder, die ebenfalls ihr Personal auf Verkehrssimulatoren beschulen, insbesondere bei den Rettungsdiensten und Feuerwehren, möchte ich an dieser Stelle die Forderung nach einem eigenen Verkehrssimulator, der einen erheblichen Nutzen für die hessische Polizei und deren Beschäftigten bringt, gerne unterstützen.

Jens Mohrherr

Eines ist sicher: Mangelnde Übung wird bei der zunehmenden Verkehrsdichte zu einem deutlichen Risikofaktor.

Egal wohin...





Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss | Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder | Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.



Unterschriften gesammelt und übergeben

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die von Ihrem Personalrat am 17. Juli 2012 gestartet und am 31. August 2012 zum Abschluss gebrachte Resolution an den hessischen Minister des Innern und für Sport, Herrn Boris Rhein, mit dem Ziel, die Ungleichbehandlung zwischen den Beamtinnen und Beamten der hessischen Bereitschaftspolizei und den Beamtinnen und Beamten der Flächenpräsidien bei der Berechnung des Stellenkegels endlich zu beenden und in künftigen Stellenhebungsprogrammen anteilmäßig und gerecht zu beteiligen, ist bei unseren Kolleginnen und Kollegen auf großes Interesse gestoßen.

Insgesamt beteiligten sich 770 Beamtinnen und Beamte der hessischen Bereitschaftspolizei an dieser Aktion, die mit ihrer Unterschrift unserer Forderung Nachdruck verschafften.

Wir bedanken uns auf diesem Wege noch einmal bei allen für die hohe Beteiligung.

Die Resolution wurde gemeinsam mit den Unterschriftenlisten am Montag, den 24. September 2012, dem hessischen Minister des Innern und für Sport weitergeleitet. Stellvertretend für den Innenminister übergab der geschäftsführende



Personalratsvorsitzender Valentin Müller (Bildmitte) übergibt die Unterschriften an Landespolizeipräsident Udo Münch (links).

Vorstand Ihres Personalrates in Absprache mit dem Ministerbüro dem Landespolizeipräsidenten, Herrn Udo Münch, und seinem Landespolizeivizepräsidenten, Herrn Herrmann-Josef Klüber, die

Unterschriften. In einem anschließenden Gespräch mit Herrn LPP wurde die Bedeutung unserer Resolution noch einmal ausführlich erläutert.

Valentin Müller

SKATTURNIERE – TERMINANKÜNDIGUNG

Preisskat in der I. BPA in Mainz-Kastel

Nachdem sich im Jahr 2011 wieder eine größere Gruppe Skatspieler gefunden hatte, soll auch in diesem Jahr wieder ein Preisskatturnier der GdP-Kreisgruppe Mudra veranstaltet werden. Der voraussichtliche Termin ist: **Mittwoch, 14. November 2012** (bitte den Aushang im November beachten).

Es würde uns freuen, wenn wir auch dieses Jahr wieder eine große Teilnehmerschar begrüßen dürften. Es erwarten Sie wie immer schöne Preise.

Ansprechpartner wie immer:

Tino Müller, Tel. 0 61 34/6 02 60 20,
Egbert Host, Tel. 0 61 34/6 02 10 55 und
Monika Lauer, Tel. 06 11/83 23 22.

Kreisgruppe I. BPA



Turnier in Rüsselsheim

Am Freitag, 16. 11. 2012, findet um 19.30 Uhr, im Restaurant „Königstädter Hof“, Alsbacher Weg 2, 65428 Rüsselsheim, das Skatturnier der Kreisgruppe Groß Gerau statt. Es gibt viele schöne Preise, einen Wanderpokal und nette Trostpreise zu gewinnen!

Teilnehmen können alle Mitglieder der GdP, deren Angehörige und natürlich auch Polizeibeschäftigte ohne Mitgliedschaft. **Startgebühr für Mitglieder 5 €, Nichtmitglieder zahlen 8 €.**

Anmeldungen bitte per E-Mail an: **Jürgen Führer, PSt Kelsterbach, oder unter Tel. 01 72/5 29 36 15.**

*Carsten Pick,
KG-Vorsitzender*



Digitalfunk auch für die Ordnungspolizei

Die Einführung des Digitalfunks läuft derzeit auf „Hochtouren“. Zu den sogenannten BOS-Behörden gehören insbesondere Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz. Die kommunalen Ordnungspolizeien sucht man vergebens in der Aufzählung.

Die Ordnungspolizeien haben nach dem HSOG die gleichen Aufgaben und Befugnisse wie die Vollzugspolizei. Bei der Erledigung der HSOG-Aufgaben hat sich gezeigt, dass Vollzugs- und Ordnungspolizei gut zusammenarbeiten. In der Vergangenheit haben die Ordnungspolizeien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben (z. B. Personen- und Fahrzeugkontrollen) auf polizeiliche Mithilfe zurückgegriffen, um den Aufträgen/Aufgaben vollumfänglich gerecht werden zu können.

Die Zusammenarbeit fand bisher über Handy statt. Allerdings steht das Handynetz auch nicht überall uneingeschränkt zur Verfügung und in der Praxis ist dieses Vorgehen darüber hinaus äußerst unpraktisch und wenig professionell.

Auch im Hinblick auf die Eigensicherung der Beschäftigten der Ordnungspolizeien ist die Einbindung in den BOS-Funk dringend notwendig. Gewalt gegen Polizei endet nicht bei der Vollzugspolizei, sondern ist ein Phänomen, das inzwischen auch die Ordnungspolizei, Rettungsdienste und Feuerwehren ereilt hat.

Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei haben wenig Verständnis dafür, dass der Freiwillige Polizeidienst einbezogen ist und sie nicht.

In der zurückliegenden Zeit hatten insbesondere die GdP-Kollegen Daniel Klimpke und Thomas Egenolf sich darum gekümmert und u. a. Abgeordnete des hessischen Landtags um Mithilfe gebeten. So hat Innenstaatssekretär Werner Koch am 21. 3. 2012 dem Abgeordneten Frömmrich (Bündnis90/Die Grünen) ausgeführt, dass die Ordnungsbehörden der Kommunen nach der BOS-Funkrichtlinie keine Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Sinne der Richtlinie sind und somit derzeit nicht zur Teilnahme am BOS-Funk berechtigt sind. Durch den Verwaltungsrat der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisatio-

nen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wurde zudem entschieden, vor einer Erweiterung des Teilnehmerkreises am digitalen BOS-Funk derzeit abzusehen. Erst nach einem stabilen Wirkbetrieb soll darüber entschieden werden.

GdP im Gespräch

Ende September kam es am Rande einer Plenarsitzung des hessischen Landtags zu einem Gespräch, an dem u. a. Innenstaatssekretär Koch und Landespolizeipräsident Münch teilnahmen. Durch Thomas Egenolf

wurde die Problematik einer Nichteinbindung beim Digitalfunk anhand des Chemieunfalls in Oestrich-Winkel dargestellt. Landespolizeipräsident Münch führte aus, dass die Ordnungsämter der Kommunen in den digitalen BOS-Funk einbezogen werden sollen. Eine Auf-

schaltung in die Funkgruppe der Polizei sei ebenfalls möglich.

Wir als GdP gehen davon aus, dass die hessischen kommunalen Ordnungspolizeien zeitgleich mit den anderen BOS-Behörden den Digitalfunk erhalten.

GdP Hessen/eg



Thomas Egenolf von der Ordnungspolizei und Gerd Bönninghaus, Amtsleiter Stadt Oestrich-Winkel, folgen aufmerksam den Ausführungen des Landespolizeipräsidenten.

AKTUELLES AUS DEM VERSICHERUNGSWESEN

Unisex-Tarife kommen

Ab dem 21. 12. 2012 müssen alle privaten Versicherungen ihre Tarife auf Unisex-Tarife umgestellt haben. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte entschieden, dass das Geschlecht die Versicherungsbeiträge nicht mehr beeinflussen darf.

Die Folge dieser Entscheidung ist, dass zukünftig für Frauen und Männer der gleiche Tarif gilt. Dies bedeutet, dass sich die Beiträge in den einzelnen Versicherungssparten teilweise stark ändern kön-

nen. Wenn z. B. bis dato Frauen bei der Krankenversicherung einen höheren Beitrag als Männer zahlen, wird wohl der Versicherungsbeitrag (Neuabschlüsse) für die Männer angehoben werden.

Altverträge sind von der Umstellung nicht betroffen! Alle Regelungen bezüglich der Einführung der Unisex-Tarife betreffen nur Vertragsneuabschlüsse. Alle Verträge, die bis zum 21. Dezember 2012 abgeschlossen werden, bleiben unangetastet.

GdP Hessen



Voneinander profitieren



Seit einigen Monaten besteht zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen eine Kooperation zur verbesserten Zusammenarbeit und Nutzung unterschiedlicher Ressourcen. Dazu zählt auch die Dienstbekleidung der Polizei.

Seit Jahren beklagen die Kolleginnen und Kollegen, dass Dienstbekleidungsstücke noch ins Sortiment aufgenommen werden müssen. Als Beispiel sei hier nur die Einführung einer Winterhose ge-

nannt. Andere Bundesländer haben für ihre Polizeien ebenfalls neue Uniformen creiert und eingeführt. Vielleicht können hier sinnvolle Ergänzungen des derzeitig bestehenden Grundsortiments initiiert werden.

Kaufkraft stärken

Ziel der Kooperation muss es sein, die bestehende Kaufkraft von 220,- Euro so zu gestalten, dass auch ohne eine Erhöhung des Bekleidungsgeldes die Kaufkraft gestärkt wird.

Wenn viele Bekleidungsstücke gemeinsam beschafft werden, die alle Polizeien in ihrem Sortiment haben, können die Kosten für das einzelne Kleidungsstück deutlich gesenkt werden. Landesspezifische Teile dieser Bekleidungsstücke, wie z. B. das Landeswappen, werden durch die Umstellung auf Klett-/Flausch-Lösungen sinnvoll umgesetzt. *Ewald Gerk*



Antonio Pedron (rechts) und Peter Wittig (links) begutachten Dienstbekleidungsstücke der rheinland-pfälzischen Polizei.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe ist Freitag, 6. November 2012.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

SENIORENSEITE

Nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte

Seit einigen Jahren wird in der hessischen GdP auf allen Organisationsebenen Seniorenarbeit gemacht. Das geht von den Seniorenvertretern in den Kreisgruppen über die Seniorenvertreter in den Bezirksgruppen bis hin zum Landes seniorenvorstand. Es gibt mit Andreas Grün sogar einen Seniorenbeauftragten im geschäftsführenden Landesvorstand (gLbv). In einigen Bereichen funktioniert die Arbeit recht gut, weil auch die Zusammenarbeit mit den Kreisgruppenvorständen gut funktioniert. Hin und wieder kann man in unseren Publikationen auch etwas von der Arbeit der Senioren lesen. Meist geht das aber nicht über Reisen, Sommerfest, Vorträge, Weihnachtsfeiern und Ehrungen hinaus. Man kann auch den Eindruck gewinnen, dass es im Landesseniorenvorstand nicht viel besser läuft. Doch dort wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Seniorenarbeit nur funktioniert, wenn auf der Kreisgruppenebene die Arbeit funktioniert.

Weiterentwicklung der Seniorenarbeit

Harald Dobrindt, Seniorenvertreter von Mittelhessen und langjähriges Mitglied im GLBV, hat ein Papier entwickelt als eine Art „Bestandsaufnahme und Anregung zu einer Weiterentwicklung der Seniorenarbeit in der GdP“, getreu dem Motto: „Nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte“. Das geht aber nur, wenn die Senioren auf allem Ebenen mitwirken, Ideen einbringen, sich aktiv beteiligen. Das mehrseitige Papier von Harald Dobrindt kann hier nicht abgedruckt werden. Es wurde dem GdP-Landesvorstand zugeleitet. Hier aber soll eine Zusammenfassung dafür sorgen, dass sich möglichst alle Senioren mit der Thematik der Gewerkschaftsarbeit im Alter befassen.

Strukturen im Seniorenbereich

Es gibt Kreisgruppen (KG) mit und ohne Seniorenvertreter. Einige Vertreter



SENIORENSEITE



Harald Dobrindt ist Mitglied im Landesseniorenvorstand.

entwickeln Aktivitäten, andere sind nur vorhanden. Frankfurt hat eine eigene KG Senioren. Große Kreisgruppen in zentraler Lage haben eher die Möglichkeit für Seniorenveranstaltungen, kleine Kreisgruppen kaum, weil die Mitglieder zu weit verstreut wohnen. Alle Bezirksgruppen (BZG) haben einen Seniorenvertreter, Westhessen hat sogar einen Seniorenvorstand. Nur teilweise gibt es Sitzungen mit Senioren und Kreisgruppenver-

tretern. Von Veranstaltungen der Senioren mehrmals im Jahr bis zu Null-Veranstaltungen reicht die Palette. Wer außerhalb der KG oder BZG seinen Wohnsitz hat, scheut oft weite Fahrten zu Veranstaltungen. In verschiedenen Bereichen existieren Polizei-Pensionärs-Vereinigungen, unabhängig von der GdP, auch wenn sie meist GdP-dominiert sind. Diese Vereinigungen pflegen die Geselligkeit. Wir sehen, dass es in Hessen völlig unterschiedliche Strukturen/Aktivitäten im Seniorenbereich gibt.

Vorschläge für die Seniorenarbeit

- Wir brauchen ein sehr gutes mehrtägiges Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“.
- Die Landes-GdP sollte sich vehement gegen Einschnitte bei Versorgungsbezügen einsetzen.
- GdP und DGB sollten sich verstärkt für eine menschenwürdige Rente einsetzen.
- Notwendig erscheint die Einrichtung einer Abfragestelle (Telefon, E-Mail) für Senioren in der GdP-Geschäftsstelle, um möglichst schnell kompetente

Antworten zu bekommen. Diese Nummern müssen von Zeit zu Zeit in den GdP-Publikationen veröffentlicht werden.

- Es muss aktuelle Informationen für Senioren/-innen im Internet oder über Mailverteiler geben.
- Seniorenveranstaltungen sollten bezirksübergreifend organisiert werden und ein Jahresveranstaltungs-kalender erstellt werden. GdP-Veranstaltungen gibt es nur für Mitglieder.

Schlussbemerkung

Auch wenn man in einem solchen Diskussionspapier nicht alle Gesichtspunkte ansprechen kann, man einiges offenlassen muss, ist viel gewonnen, wenn einige Denkmuster verlassen werden, wenn über eine zukünftige Arbeit für Senioren/-innen nachgedacht wird. Notwendig ist es, die Seniorenarbeit einmal generell in den gewerkschaftlichen Gremien zu diskutieren.

Harald Dobrindt, Norbert Weinbach

BZG SÜDHESSEN

Seminar: Das Auswahlgespräch

Die Bezirksgruppe Südhessen bietet für ihre Mitglieder das Seminar: **Coaching – „Das Auswahlgespräch“** mit einem professionellen Referenten an. Das Seminar findet vom **4. bis 5. Dezember 2012** statt.

Ziel des Seminars ist es, Bewerber und Bewerberinnen für ein Auswahlgespräch bei Bewerbungen auf Dienstposten fit zu machen. Die vorliegenden Erfahrungswerte zeigen sehr deutlich auf, dass ohne Vorbereitung ein Auswahlgespräch nicht optimal abläuft.

Zielgruppe:

Vorrangig Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe A 10 und Tarifangestellte.

Das Seminar ist für Mitglieder kostenlos. Die Seminargebühr für Nichtmitglieder beträgt 220 Euro.

Anmeldungen sind zu richten an:

Joerg.Hartweck@polizei.hessen.de (PAST Südhessen).

Rückfragen sind zu richten an:

Antonio Pedron, Personalratsbüro Tel. 0 61 51/9 69-24 63.

Hinweise:

Für dieses Seminar kann Dienstbefreiung beantragt werden. Näheres hierzu wird in der Einladung mitgeteilt.

Der Tagungsort wird voraussichtlich im südhessischen Bereich liegen und wird noch rechtzeitig mitgeteilt.

Antonio Pedron, BZG-Vorsitzender

BZG OSTHESSEN – SENIORENFABRT

Fahrt nach Marienbad



In diesem Jahr veranstaltet die Bezirksgruppe Osthessen eine **Zwei-Tages-Fahrt im Advent**. Nachdem die Seniorentagung in Niederjossa ausfallen musste, haben wir beschlossen, dafür diese Fahrt durchzuführen.

Termin:

Samstag/Sonntag, 1./2. Dezember 2012 (1. Adventwochenende).

Für diese Fahrt haben wir ein entsprechendes Programm zusammengestellt. Hier versuchen wir zur Zeit über die Kurverwaltung einen medizinischen Vortrag zu buchen. Darüber hinaus wird Informatives und Kurzweiliges geboten. Weiterhin werden wir auch einen Weihnachtsmarkt besuchen, der für alle etwas bietet, also keine Wünsche offen lässt.

Abfahrtszeit/Anmeldung:

Am 1. Dezember 2012 um 8.00 Uhr in Fulda am Polizeipräsidium. Anmeldungen, Rückfragen etc. bitte per E-Mail an: gdp-osthessen@online.de oder unter **Tel. 0 15 25/6 12 19 10**.

Ewald Gerk



NACHRUF

Ingrid Wittich hat sichtbare Spuren hinterlassen

Die Kreisgruppe Fulda ist tief betroffen von der Nachricht vom viel zu frühen Tod unseres Mitglieds Ingrid Wittich. Ingrid verstarb am 16. September 2012 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 65 Jahren.

Die hessische GdP blickt dankbar auf Ingrid Wittichs gewerkschaftliches Wirken zurück.

Als Verwaltungsangestellte bei der Polizei trat Ingrid schon im Jahr 1964 in die GdP ein und hielt ihr bis zu ihrem Tod über 48 Jahre die Treue. Schon bald interessierte sie sich für die aktive Gewerkschaftsarbeit im örtlichen und später im überörtlichen Bereich. Ihr gewerkschaftliches Engagement, insbesondere im Tarifbereich, hinterließ Spuren und fand Beachtung. So wurde sie auf dem Landesdelegiertentag im November 1985 in Wetzlar zur stellvertretenden Landesvorsitzenden und im Mai 1992 als Angestelltenvertreterin in den Hauptpersonalrat der Polizei gewählt.

Im Jahr 1994 übernahm sie den Vorsitz der Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf und setzte sich mit großem Engagement für ihre Mitglieder ein. In der Folge ist die Mitgliederzahl kräftig angestiegen, worauf Ingrid sehr stolz war. Nach weit über einem Jahrzehnt erfolgreicher Kreisgruppenarbeit übergab sie den Vorsitz an ihren Nachfolger Lothar Luzius.



† Ingrid Wittich

Darüber hinaus engagierte sie sich in der Großen Tarifkommission der GdP für die Belange der Tarifbeschäftigten. Auf Grund ihres umfangreichen BAT-Fachwissens war sie die Ansprechpartnerin.

Auch beruflich entwickelte sich Ingrid ständig fort. Nach dem Ablegen der zweiten Verwaltungsfachprüfung wurde sie schließlich Leiterin der Verwaltung bei

der damals selbständigen Polizeidirektion Marburg-Biedenkopf. Nach der Umorganisation der Polizei bewarb sich Ingrid erfolgreich als Leiterin des Hauptsachgebiets V 3 (Personalangelegenheiten) beim Polizeipräsidium Osthessen.

In Osthessen nutzte sie ihre gesamte Erfahrung und Fachkompetenz zum Wohle der Beschäftigten, was nicht immer konfliktfrei mit dem Leiter der Verwaltung verlief. Für Ingrid stand immer der Mensch im Vordergrund! Bei ihrem 40-jährigen Dienstjubiläum wurde sie dann auch von ihrem Vorgesetzten gefragt, auf welcher Seite sie stehe!

Leider erkrankte dann Ingrid Wittich im Jahr 2005 schwer und musste in 2006 vorzeitig in Rente gehen, was ihr sehr weh tat. Das Polizeipräsidium hatte zuvor Ingrids Angebot abgelehnt, statt als HSG-Leiterin als Sachbearbeiterin weiter zu arbeiten.

Die GdP und eine Vielzahl von Beschäftigten haben Ingrid Wittich viel zu verdanken.

Der geschäftsführende Landesvorstand und viele gewerkschaftliche Weggefährten nahmen an der Trauerfeier teil und zeigten damit ihre Wertschätzung für Ingrid Wittich.

Wir werden Ingrid Wittich ein ehrendes Andenken bewahren.

Thomas Scheunert, Kreisgruppe Fulda

ES VERSTARBEN

Heinrich Kessler
Bezirksgruppe Frankfurt
Werner Blyszch
Kreisgruppe Main-Taunus-Kreis
Ingrid Wittich
Harry Zwiener
Kreisgruppe Fulda
Bruno Titz
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Helmut Schneider
Kreisgruppe Wasserschutzpolizei

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

NACHRUF

Harry Zwiener zu früh verstorben



† Harry Zwiener

zei im April 1973 an. Nach seiner Ausbildung führte sein weiterer dienstlicher Weg für viele Jahre zum Polizeipräsidium Frankfurt am Main, wo er von 1976 bis 2008

Am Nachmittag des 27. September 2012 verstarb Polizeioberkommissar Harry Zwiener im Alter von nur 57 Jahren.

Harry Zwiener trat seinen Dienst bei der Hessischen Polizei

als Streifenbeamter des 6. Reviers der Direktion Nord im Einsatz war.

Ende 2008 zeichnete sich bei ihm eine heimtückische Erkrankung ab, in deren Folge Harry Zwiener zum Januar 2009 in Heimatnähe versetzt wurde.

Bis Dezember 2009 versah der in Tann lebende Kollege nun seinen Dienst in der Dezentralen Ermittlungsgruppe der Polizeistation Fulda.

Zum 1. Januar 2010 erfolgte dann die Versetzung zur Abteilung Zentrale Dienste. Hier war der allseits geschätzte Kollege bis zuletzt als Sachbearbeiter in der Fallanalyse (Z 13) am Standort in Fulda tätig.

GdP Osthessen

